

des Deutschen Bundestags arbeitet fleißig, um nach über 40 Jahren Atomenergienutzung in irgendeiner fernen Zukunft die dauerhafte Lagerung der atomaren Hinterlassenschaften zu regeln. Derweil legte die Bundesregierung per Beschluss im August 2015 das ‚Nationale Entsorgungsprogramm‘ vor. Darin deutet sie selbst an, dass die bisher praktizierte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle zumindest zeitlich völlig aus dem Ruder laufen werde und deutlich länger dauern dürfte, als bislang behauptet. Für 40 Jahre sind die Castor-Lager an den AKW-Standorten genehmigt. Mitte der 2040er Jahre laufen sie allesamt aus und ein ‚Endlager‘ wird bis dahin in keinem Fall zur Verfügung stehen. Das Datum 2051 für die Inbetriebnahme eines solchen Dauerlagers, wie es im Standortauswahlgesetz geschrieben ist, hält kaum ein Experte für realistisch.

Kein Geheimnis – obwohl als Geheimschutzmaßnahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit geplant – ist inzwischen auch: Die Sicherheit der Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle muss dringend verbessert werden. Seit 2011 gehen die bundesdeutschen Behörden von Gefahrenlagen

aus, denen die Castor-Lager nicht gewachsen sind. An allen Atommülllagern mit hochradioaktiven Abfällen laufen entsprechende Nachrüstungen oder sind im Genehmigungsverfahren. ‚Härtungen‘ werden vorgenommen, Wände zusätzlich stabilisiert, Mauern vor den Gebäuden zusätzlich errichtet. Nicht überall klappt das: In Lubmin bei den EnergieWerkenNord könnte es nach dem Scheitern eines entsprechenden Nachrüstkonzepts sogar zum vollständigen Neubau einer Castorhalle kommen.

Noch weniger gesichert sind die so genannten zentralen Zwischenlager in Gorleben und Ahaus. Hinzu kommt: Die Genehmigungen für diese Lager laufen bereits Mitte der 30er Jahre aus.

Die laufenden Maßnahmen der Behörden zeigen: Das ist Geschichte. Heutige panzerbrechende Waffen sind nicht nur in der Lage, die Mauern einer derzeitigen Castor-Halle zu durchschlagen. Sie würden auch einen dahinter befindlichen Castor zerstören und die gesamte Radioaktivität unmittelbar freisetzen. Und diese Waffen können derart schnell nachgeladen werden, dass ein Terror-Kommando ohne weiteres mehrere Schüsse schnell

hintereinander abfeuern könnte.

Weil das so ist, werden in aller Stille und Verschwiegenheit die bestehenden Castor-Lager mit neuen Schutzmauern nachgerüstet. Darüber, dass damit das bisherige Sicherheits-Konzept mit einem als unzerstörbar angesehenen Castor-Behälter klammheimlich aufgeben wird, sprechen die Staatsorgane lieber nicht.

Kein Wunder also, wenn Schleswig-Holsteins Atomminister Robert Habeck zwar warnt, dass die Terror-Gefahren derart drängend sind, dass es unterirdische Lösungen möglichst schnell brauche. Dabei aber elegant verschweigt, dass die Bedrohungs-Szenarien und Sicherheitslücken bei der Zwischenlagerung von Atommüll und auch beim Betrieb der Atommeiler derart groß sind, dass eine Katastrophe derzeit nicht ausgeschlossen werden kann.

Das ganze Dilemma wurde beim Gerichtsverfahren um das Castor-Lager am AKW Brunsbüttel deutlich. Am Ende hob das Oberverwaltungsgericht Schleswig die Betriebsgenehmigung auf. Ein Urteil mit gravierenden Folgen, auch wenn die Behörden das runter zu spielen versuchen: Wie

können Genehmigungen für Atommülllager künftig erteilt werden, wenn der Geheimschutz selbst Gerichten Einsicht verweigert und eine Prüfung staatlicher Sicherheitsmaßnahmen nicht mehr möglich ist? Die Kosten für Nachrüstungen tragen die (privatwirtschaftlichen) Betreiber. Wie viel sind sie bereit zu zahlen?

Die Bundesregierung spricht im ‚Nationalen Entsorgungsprogramm‘ erstmals von einem neuen ‚Eingangslager‘ im Zusammenhang mit dem zu findenden ‚Endlager‘. Die Rede ist von 500 Castoren, die da rein sollen und die für Jahrzehnte dort oberirdisch verbleiben, bis sie irgendwann untertage gebracht werden könnten. Doch insgesamt wird es 1.900 Castor-Behälter geben, wenn das letzte AKW abgeschaltet wird. Die Bürgermeister aller Atommüll-Standorte wissen das und fordern ein betriebsbereites neues Zwischenlager spätestens dann, wenn die Genehmigungen der heutigen Lager auslaufen. Das haben sie auf ihrer Sitzung im Januar 2016 in Kassel jüngst bekräftigt. Und auch der Bundesrat weiß angesichts des Beschlusses vom November 2015, dass die Tage der heutigen Zwischenlager gezählt sind.“ ●

Energiepolitik

Atomausstieg und Klimaschutz sind in Gefahr

Die weltweiten Investitionen in Erneuerbare Energien steigen seit Jahren. Das zeigen neue Zahlen von Bloomberg Energy Finance.¹ Nur in Europa und vor allem in Deutschland sind 2015 die Ökostrominvestitionen völlig eingebrochen, während sie weltweit immer schneller zunehmen. Darauf weist Hans-Josef Fell, Präsident der Ener-

gy Watch Group (EWG) und Autor des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in einer Mitteilung Mitte Februar 2016 hin.

Die Novelle des EEG 2014 von Union und SPD hat in 2015 die befürchteten schlimmen Auswirkungen gebracht, erklärt Fell. Außer bei Wind seien die Ökostrominvestitionen völlig eingebrochen. Der Zubau liege weit unter den schon viel zu niedrigen Ausbaukorridoren der Bundesre-

gierung.² Schuld daran seien unter anderem der Wechsel zu den Ausschreibungen bei Photovoltaik-Anlagen, die EEG-Umlagenbelastung bei Ökostromeigenerzeugung und massiver Bürokratieaufbau. Bei den Investitionen in Windkraft

² Eine Zusammenstellung von Zahlen zu der Entwicklung der Erneuerbaren Energien ist zu finden unter: <http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/dokumente/grafiken/907-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-zahlen> und <http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/dokumente/grafiken/907-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-zahlen>

sei mit dem Wechsel zu Ausschreibungen mit der EEG-Novelle 2016 das gleiche zu befürchten.

Damit wird sogar der Atomausstieg in Frage gestellt werden, meint Fell, weil der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht mehr den notwendigen Ersatz von Atomstrom bereitstellen könne. Ein aus Klimaschutzgründen notwendiges Abschalten von Kohlekraftwerke werde dann parallel zum Atomausstieg sogar unmöglich.

Etwa 90 Terawattstunden jährlicher Atomstromerzeugung müssen bis 2022 ersetzt werden. Wenn es bei den aktuellen Rahmenbedingungen und

¹ <http://www.bloomberg.com/company/clean-energy-investment/>

den Vorschlägen zur EEG-Novelle 2016 bleibt, werden Wasserkraft, Bioenergien und Geothermie bis 2022 keine zusätzlichen Strommengen beitragen können, erklärt Fell. Ein jährlicher Zubau von unter 1,5 Gigawatt Photovoltaik wie heute und etwa 2,5 Gigawatt Windenergie, wie ab 2017 geplant, werde aber maximal die Hälfte des zu ersetzenden Atomstromes beitragen können. Ab 2020 würden sogar verstärkend die sich heute schon abzeichnenden Abschaltungen von Windkraft- und Biomasseanlagen hinzukommen, die dann keine EEG-Vergütung mehr erhalten. Wegen Unsicherheiten über fehlende Anschlussregelungen würden wichtige Investitionen in die Instandhaltung nicht mehr getätigt und die Betreiber würden ihre Anlagen auf Verschleiß laufen lassen. Ein wirtschaftlicher Betrieb werde nach Auslaufen der Vergütung nicht mehr möglich sein. Bei der Bioenergie seien alleine 50 Terawattstunden jährlicher Stromerzeugung gefährdet.

Auch die Energieeinsparung wird mit den Erfahrungen der letzten Jahre bei den fehlenden Aktivitäten der Bundesregierung keinen nennenswerten Beitrag liefern können, fürchtet Fell. Wer die Abschmelzung des Exportüberschusses von etwa 60 Terawattstunden für den deutschen Atomausstieg nutzen will, müsse wissen, daß dann die Atom- und Kohlekraftwerke in den Nachbarländern wieder vermehrt angefacht würden. Es sei abzusehen, daß ab 2018 deshalb die Rufe nach der nächsten Laufzeitverlängerung lauter werden. Die AfD habe in ihrem Wahlprogramm schon die 10-jährige Festschreibung des aktuellen Energiemixes und ein Weiterlaufen der noch in Betrieb befindlichen AKW gefordert.³

³ <http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/64-meldungen/940-afd-fordert-den->

Auch die klima- und gesundheitsschädliche Energie aus Gas und Kohle wird wieder Aufwind erhalten, prophezeit Fell. Vizekanzler Gabriel (SPD) kenne aber keine Gnade und unternehme keine Anstrengungen, um eine Trendumkehr zu mehr Investitionen bei den Erneuerbaren Energien zu bewirken. Das Ergebnis werde der weitere Abbau von Arbeitsplätzen und Insolvenzen sein. Gabriel, Merkel, Seehofer und ihr zuständiger grüner Staatssekretär Baake setzten so sogar den Atomausstieg aufs Spiel. Deutschland sei dabei, sich von der weltweiten Entwicklung abzukoppeln und werde damit vom ökologischen Musterknabe zum Buhmann der Energiewende. ●

5 Jahre nach Fukushima, 30 Jahre nach Tschernobyl

Materialien

Wie in der Dezemberausgabe 2015 angekündigt, fand vom 26. bis 28. Februar 2016 in der Berliner Urania der Kongress „5 Jahre Leben mit Fukushima, 30 Jahre Leben mit Tschernobyl“ der deutschen Sektion der internationalen Ärztevereinigung IPPNW statt. Er hat die Folgen der Katastrophen von Fukushima und Tschernobyl für Mensch und Umwelt eindrücklich in Erinnerung gebracht. Auf der Website www.tschernobylkongress.de haben die Veranstalter Materialien zu den Plenarsitzungen und Foren zur Verfügung gestellt, darunter viele Power-Point-Präsentationen, Manuskripte und Audio-Mitschnitte. ●

[sofortigen-stopp-des-ausbaus-der-erneuerbaren-energien](http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/64-meldungen/940-afd-fordert-den-sofortigen-stopp-des-ausbaus-der-erneuerbaren-energien)
[http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/64-meldungen/940-afd-fordert-den-](http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/64-meldungen/940-afd-fordert-den-sofortigen-stopp-des-ausbaus-der-erneuerbaren-energien)

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 82,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randalph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthias †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 82,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelheft EURO 8,20, Probeheft kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktzeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2016 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288